

WMDE Policy Update Q2

(April - Mai - Juni)

Allgemeines

Netzwerkausbau

Auch in diesem Quartal haben wir weiter daran gearbeitet, unsere Kontakte zu politischen Entscheidungstragenden sowie zu Schlüsselpersonen aus Zivilgesellschaft und Wirtschaft zu festigen und auszubauen. Wir saßen sowohl mit Mitgliedern der Ausschüsse "Digitale Agenda", "Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung", "Kultur und Medien", "Recht und Verbraucherschutz" und "Inneres und Heimat", als auch Mitarbeitenden der entsprechenden Bundesministerien zusammen und tauschten uns über aktuelle Geschehnisse und unsere Anliegen aus. Auch mit Vertretenden der Industrie suchten wir den Kontakt und sprachen über Ziele und Möglichkeiten der Zusammenarbeit. Eine Aufschlüsselung des Themenspektrums unserer Gespräche findet sich im folgenden Text.

Freiwillige des Bereichs Politik / AG Politik

Aufgrund unserer politischen Aktionen und der Berichterstattung in Form von [Blogbeiträgen](#), v.a. im Hinblick auf die geplante EU-Urheberrechtsreform, kamen Menschen aktiv auf uns zu und fragten nach Möglichkeiten der Beteiligung. Wir freuen uns darüber, dass die Gruppe an Interessierten und potenziellen Mitstreitenden stetig wächst. Sie besteht vor allem aus einem Mailverteiler, über den wir anlassbezogen aktuelle Neuigkeiten sowie ein Best-Of dieser Updates, der [Monatsberichte aus Brüssel](#) und politisch interessanter Online-Quellen verschicken.

EU-Urheberrechtsreform

Die seit Ende 2016 laufende Reform wird voraussichtlich wichtige Weichenstellungen vorgeben, was die Verbreitung von Inhalten im Internet angeht. Darum ist sie auch für das Freie Wissen so wichtig, dass sie seit 2 Jahren unser Hauptbetätigungsfeld darstellt. Geplant ist eine neue "Richtlinie zum Digitalen Binnenmarkt" (kurz DSM-RiLi). Ein solcher Gesetzgebungsprozess für eine neue Richtlinie wird durch einen Initiativvorschlag der EU-Kommission eingeleitet. Anschließend befassen sich das Europaparlament und der Rat der EU (auch bekannt als Ministerrat) getrennt und mit eigenen Vorschlagsfassungen mit der Reform. Am Ende werden etwaige verbleibende Unterschiede – der dann 3 Fassungen – im sogenannten Trilog-Verfahren ähnlich dem Vermittlungsausschuss von Bundestag und Bundesrat aufgelöst, sodass am Ende das fertige neue Gesetz verabschiedet werden kann.

Was den Rat der EU angeht, passiert die inhaltliche Arbeit vor allem im [Ausschuss der Ständigen Vertreter der Mitgliedsstaaten](#) (auch bekannt als COREPER). Dort wurde am 16.05.2018 die Ratsfassung zur DSM-Richtlinie beschlossen, in der auch die sehr umstrittenen Artikel 11 (Leistungsschutzrecht für Presseverleger, auch, "Presse-LSR", "Linksteuer" oder "link tax" genannt) und Artikel 13 ("Upload-Filter") enthalten sind.

Am 20. Juni wurde im Rechtsausschuss des Europaparlaments (Abkürzung: JURI oder JURI-Ausschuss) über einen Vorschlag abgestimmt, der aufgrund seiner Formulierung das freie Internet wie wir es kennen, stark beeinträchtigen könnte. Die Problematik hinsichtlich Freies Wissen ist im Blogbeitrag [„Die Ignoranz der Macht: Leistungsschutzrecht und Upload-Filter bedrohen akut das freie Netz“](#) zusammengefasst.



Wir informierten daraufhin unsere 65.000 Vereinsmitglieder per Mail über die drohende Gefahr für das freie Internet. Im Zusammenwirken mit anderen Aktionen auf internationalem Level konnte so das Engagement hunderttausender Menschen in ganz Europa gegen die umstrittene Ausschussfassung der Reformvorschläge zum EU-Urheberrecht einen Teilerfolg feiern: Das EU-Parlament entschied, dass der Vorschlag des Rechtsausschusses noch einmal im Plenum diskutiert und abgestimmt werden sollte, was nun im September geschehen wird.

WMDE beschäftigt sich wie gesagt seit Sommer 2016 auf den problematischen Vorschlägen zur EU-Urheberrechtsreform. Unsere stetigen Aktivitäten umfassen hierbei:

- direkte Gespräche mit Politikerinnen und Politikern und weiteren relevanten Akteurinnen und Akteuren,
- Moderieren eines Dialogformats mit Partnerorganisationen
- eigene thematische Veranstaltungen, siehe [Monsters of Law "Die gefilterte Wikipedia?"](#),
- Vorträge auf nationalen und internationalen Konferenzen
- das Erstellen von Material, Pressemitteilungen und -gespräche, Blog-Posts,
- Interviews geben
- Social-Media-Aktivitäten

Jeweils aktuelle Informationen über die Entwicklungen in Brüssel und unser diesbezügliches Engagement sind in den monatlichen Reports [der Free Knowledge Advocacy Group EU](#) zu finden, die von zwei Wikimedia-Hauptamtlichen geleitet wird. Diese Reports gibt es nun auch auf [deutsch](#).

Für alle, die sich stärker für die Arbeit der Wikimedia-Gruppe in Brüssel interessieren: Anna Mazgal, neben Dimitar Dimitrov unsere Projektmanagerin für EU-Politik, berichtet in einem [Blogbeitrag](#), wie Lobbyarbeit für Freies Wissen konkret aussieht und an welchen Themen sie arbeitet.

Filterpflichten, Art. 13 der EU-Urheberrechtsreform

Wikimedia Deutschland machte in diesem Quartal in Form eines Banners in der deutschsprachigen Wikipedia mit dem Titel „Danke, aber das reicht nicht“ und in einem [Blogbeitrag](#) auf die Gefahren von Upload-Filtern aufmerksam. Wir danken an dieser Stelle der Wikipedia-Community, die unser Banner genehmigt hat, und dem WMDE-Community-Team, das zur selben Zeit eigentlich ein Banner für neue Autorinnen und Autoren schalten wollte. Der Zeitpunkt Anfang Mai war für uns wichtig, weil unser Banner so parallel zur diesjährigen Netzkonferenz re:publica online war, bei der viele wichtige Personen wie Bundesjustizministerin Barley anwesend waren. So sah das Banner aus:



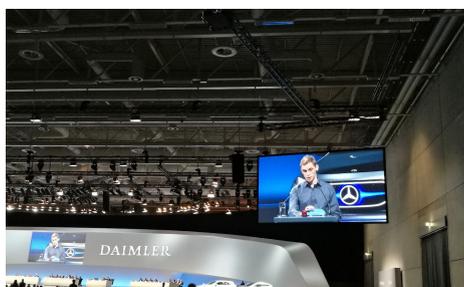
Zahlreiche Personen reagierten auf die Aktion und äußerten ihre Unterstützung für das Engagement gegen Upload-Filter, zum Beispiel auch Ex-Justizministerin Leutheusser-Schnarrenberger [auf Twitter](#).

John Weitzmann, Leiter Politik & Recht bei WMDE, gab im Rahmen seines Vortrags [„Uploadfilter: Nur die erste Schlacht von vielen“](#) auf der [re:publica 2018](#) einen Überblick, wie die Argumentationen rund um Artikel 13 der EU-Urheberrechtsreform funktionieren und erklärte, warum dies nur die erste von vielen Auseinandersetzungen rund um maschinelle Filterung noch Netz-Inhalten sein dürfte. Den vollständigen Vortrag gibt es auch als [Video auf Youtube](#).

Anna Mazgal sprach zu dem Thema zudem bei den [Copyright Action Days](#).

Leistungsschutzrecht für Presseverleger (Artikel 11 der EU-Urheberrechtsreform)

Noch kurz vor der Abstimmung im Rechtsausschuss des Europäischen Parlaments (JURI) organisierte WMDE am Montag eine [Straßenaktion](#) gegen die Einführung des europaweiten Leistungsschutzrechts für Presseverleger. Hintergrund ist, dass neue rechtliche Grauzonen für Hyperlinks und sehr kurze Textabschnitte (auch genannt: Snippets) für mächtig Sand im Getriebe der Zusammenstellung freien Wissens sorgen können. Mehr dazu im Blogbeitrag [„Wir lassen uns das freie Netz nicht nehmen!“](#)



Panoramafreiheit (leider bislang nicht ausdrücklich enthalten in der EU-Urheberrechtsreform)

Uns war es möglich, auf der Daimler Hauptversammlung auf die Vorteile einer EU-weit harmonisierten [Panoramafreiheit](#) (auch genannt: Straßenbildfreiheit) aufmerksam machen und den Vorstandsvorsitzenden der Daimler AG, Dieter Zetsche, vor den Aktionären und den Verband der Automobilindustrie auch offiziell mit einem

Positionspapier zu einem wohlwollenden Statement zu bewegen. Was "Panoramafreiheit" bedeutet und was das mit selbstfahrenden Autos zu tun hat, ist kompakt auf <http://wmde.org/blindesauto> zu finden.

Bundestag

Politische Akteure / Ausschussmitglieder

Grundsätzlich arbeiten wir weiterhin an der Kontaktaufnahme und -festigung mit unterschiedlichen Politikern und Politikerinnen. Wir treffen uns regelmäßig mit Mitgliedern der Ausschüsse Digitale Agenda und Recht und führen Gespräche mit Mitarbeitenden aus den Ministerien.

Wir trafen uns u.a. mit dem persönlichen Referenten der Staatsministerin für Digitalisierung, Dorothee Bär. In solchen Gesprächen thematisieren wir zumeist folgende Anliegen:

- Es braucht eine klarere Regelung zu amtlichen Werken, genauer gesagt dazu, wann etwas ein "anderes amtliches Werk" im Sinne des Urheberrechtsgesetzes ist und daher frei für Wissensprojekte genutzt werden kann
- Wir setzen und für den Erhalt des gemeinfreien Status' bei Digitalisierung des kulturellen Erbes ein, wenn also Werke digitalisiert werden, deren Urheberschutz abgelaufen ist
- Ausdrückliche Festlegung des Grundsatzes "Public Money - Public Content" – Wir fordern, dass alle mit öffentlichem Geld erzeugten Inhalte für die Allgemeinheit frei nutzbar sein müssen
- Bildungsgerechtigkeit durch freigegebene Materialien, da diese auch "Open Educational Resources" (OER) genannten Materialien unabhängig von finanzieller Ausstattung und Gruppenzugehörigkeit genutzt, weiterverbreitet und bearbeitet werden dürfen
- Digitales Ehrenamt auf Augenhöhe – wir wollen, dass Menschen, die sich in digitalen Projekten ehrenamtlich engagieren, genauso wertgeschätzt werden wie diejenigen, die sich offline einbringen
- Keine Verwässerung von Datenschutz durch Begriffe wie "Dateneigentum", denn ein neues Eigentumsrecht an Daten würde dem gerade erst europaweit greifenden Datenschutz Konkurrenz machen und einem "Eigentum an Information" Vorschub leisten

Ortsvereine SPD

Wir kontaktierten mehr als 100 Regional- und Landesgruppen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, um über einen möglichen Bruch des Koalitionsvertrages durch Bundesministerin Barley zu informieren: Anders als im Vertrag vereinbart, lehnt die Bundesregierung Upload-Filter im Ausschuss der Ständigen Vertreter der Mitgliedsstaaten des EU-Rats nicht kategorisch ab, sondern propagiert dort Formelkompromisse.

Runder Tisch mit Abgeordneten der Linksfraktion

In informeller Runde trafen wir uns mit Bildungs-, Digital- und Kulturpolitikerinnen der Partei die Linke und sprachen in einer Runde über unsere Arbeit und unsere Wünsche an die Politik.

Veranstaltungen & Kampagnen

Öffentlich-Rechtlicher Rundfunk

Wir haben einen Runden Tisch zum Thema "Freigaben öffentlich-rechtlicher Rundfunkinhalte" vorbereitet, zu dem wir u. a. Staatssekretärin Heike Raab, Medienschaffende, Gewerkschaften, Vertreterinnen und Vertreter der Medienwissenschaft, der Länder und der Rundfunkanstalten einladen. Öffentlich-rechtliche Rundfunkinhalte stehen im Mittelpunkt einer teils hitzig geführten Debatte. Sie werden auch auf kommerziellen Plattformen wie YouTube verbreitet, stehen aber für gemeinnützige Projekte wie die Wikipedia derzeit nicht zur Verfügung. Eine Nachnutzung über Wikipedia und Wikimedia Commons entspräche aber unmittelbar dem öffentlichen Auftrag der Rundfunkanstalten, die Wissens-Grundversorgung der Bevölkerung sicherzustellen. Die weltweiten Grundregeln des Kosmos' freier Inhalte (Open Content), zu dem die Wikipedia gehört, sind allerdings nur bedingt mit der bisherigen Lizenzpolitik der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten kompatibel. Wir wollen am runden Tisch

Schwierigkeiten ausloten und Lösungsansätze entwickeln.

Das anstehende R-E-M-Urteil als Thema bei unserer Mitgliederversammlung in Karlsruhe

Das Selbstverständnis von Kultur- und Gedächtnisinstitutionen ist im Wandel, ihr Aufgabenspektrum erweitert sich zunehmend. Wo früher das Bewahren, Erforschen und Ausstellen im Vordergrund stand, suchen mehr und mehr Institutionen nach Wegen, sich nicht nur in die vernetzte Welt zu öffnen, sondern selbstverständlicher Teil von ihr zu werden.

Gerade Kunstmuseen stehen dabei vor der Herausforderung, eine Balance zu finden zwischen dem Anliegen des Bewahrens und dem Schutz des Originals und den Erwartungen eines Publikums, das meist selbst als Produzent von Inhalten in Social Media agiert und das Auratische des Originals möglicherweise bereits als historisches Konstrukt versteht.



Die Erwartungshaltung des nachwachsenden Publikums, ein Selfie im Ausstellungsraum mit der ganzen Welt teilen zu können, kollidiert mit dem institutionellen Anspruch, ein einzigartiges Kunsterlebnis bieten zu können. Welchen Einfluss hat diese Entwicklung auf den Kunstbegriff; auf das Verständnis des Originalwerks im Verhältnis zur digitalen Reproduktion? Welchen Einfluss hat die inzwischen eingeübte Praxis des Sharing und Remixing auf die Hauspolitiken der Museen und wie sind etwa Gemeinfreiheit und Hausrecht

gegeneinander abzuwägen? Dass dies keine rein abstrakten oder akademischen Fragestellungen sind, ist etwa am laufenden [Rechtsstreit zwischen Wikimedia und den Reiss-Engelhorn-Museen](#) zu sehen, der derzeit am BGH geklärt wird. Wie gehen Kulturinstitutionen in diesem Sinne mit den Ansprüchen eines Publikums um, das zunehmend im Netz Zuhause ist? Wem gehört die Kunst?

Am 26. Mai wurde im Wikimedia-Salon „Wem gehört die Kunst?“ im Rahmen der [22. Mitgliederversammlung](#) diskutiert, ob gemeinfreie Kunstwerke auch digital gemeinfrei bleiben sollten. Diese Frage wird momentan am Bundesgerichtshof anhand des [Rechtsstreits zwischen Wikimedia und den Reiss-Engelhorn-Museen](#) verhandelt. Die Penalistinnen und Penalisten beantworteten zudem in Video-Interviews die Frage „Wem sollte die Kunst gehören?“. Alle Interviews und die vollständige Aufzeichnung sind auf der [Webseite des Wikimedia-Salon](#) zu finden.

Europawahl 2019

Im Mai 2019 findet die nächste Wahl des Europäischen Parlaments statt. Bei Facebook wurde bereits eine Veranstaltung erstellt, verbunden mit einem Wahl-Aufruf. Im Laufe der Zeit wächst die Teilnehmendenzahl und damit die Zahl derer, denen über diesen Kanal schnell und unkompliziert Wahlinfos rund um Freies Wissen zugeleitet werden können. Wir laden euch herzlich dazu ein, der Veranstaltung beizutreten, sie zu liken und zu teilen: [direkt zum Event!](#)

Deliberationsforum / Vertrauen in Information

Mit Hilfe eines Deliberationsforums erarbeiteten wir gemeinsam mit den Mitgliedern des Vereins eine inhaltliche Position zum Thema "Vertrauen in Information": Vor dem Hintergrund der aktuellen Debatten rund um die Vertrauenswürdigkeit von Informationen und gezielte Desinformation über digitale Medien, stellt sich für uns als Verein die Frage: Welche Rolle soll WMDE in Zukunft für unsere Mitglieder, Communities, Außenstehende und die Zivilgesellschaft zum Thema „Vertrauen in Informationen“ und Quellenkritik einnehmen? Eindrücke des Forums finden sich auf [Wikimedia Commons](#). Die Ergebnisse sind direkt in die sogenannte "Strategiewerkstatt" eingeflossen, einem ganztägigen Workshop des Präsidiums der Vereins und der Mitarbeitenden der Geschäftsstelle.

Teilnahmen

re:publica

Zusammen mit der [Mozilla Foundation](#) und [Centrum Cyfrowe](#) veranstaltete Wikimedia Deutschland auf der re:publica 2018 einen Workshop zum Thema [„The Big Open: How do we make the open internet revolution irresistible?“](#).

John Weitzmann hielt einen Vortrag zum Thema "Automaten als Allheilmittel zur Rechtsdurchsetzung". [Netzpolitik.org berichtete](#), die Rede ist auf [YouTube](#) zu finden.

#SaveYourInternet Action Day

Am 12.06.2018 fand der #saveyourinternet Day mit Bezug auf Artikel 13 und der Urheberrechtsreform statt. Wir begrüßten die Kampagne und unterstützten diese vor allem auch in den sozialen Medien, indem wir noch einmal auf Ihr Problem mit Art. 13 aufmerksam machten.

Demonstration

Mit Rufen wie „Wir retten das In-ter-net!“ demonstrierten verschiedene Organisationen, darunter Wikimedia Deutschland und Bitkom, am Sonntag, den 24. Juni, gegen die geplante Einführung von Upload-Filtern und einem europaweiten Leistungsschutzrecht für Presseverleger in Berlin und Stuttgart. Weitere Straßenaktionen gegen die EU-Urheberrechtsreform wurden auch in Polen, den Niederlanden und Schweden angekündigt. Siehe z.B. [Golem-Artikel zur Demonstration in Berlin](#).

Stellungnahmen/Veröffentlichungen

Blogbeiträge auf einem Blick

- [Wir lassen uns das freie Netz nicht nehmen! \[Update\]](#)
- [Wem gehört der digitale Wagner? Im Wikimedia-Salon wurde über Kunst- und Gemeinfreiheit diskutiert](#)
- [Forum Open:Education – Wie gelingt Bildung für eine offene digitale Gesellschaft?](#)
- [Die Ignoranz der Macht: Leistungsschutzrecht und Upload-Filter bedrohen akut das freie Netz](#)
- [Danke, aber das reicht nicht! #NoUploadFilter](#)
- [Bessere rechtliche Rahmenbedingungen für Freies Wissen erreichen: Teil 1 – Brüssel](#)

Stellungnahmen

- One Pager zur [Panoramafreiheit](#)

Bündnis Freie Bildung

Am 6. Juni fand in den [Spreewerkstätten Berlin](#) das [Forum Open:Education](#) statt. Das [Bündnis Freie Bildung](#) organisierte gemeinsam mit [edulabs](#) eine Open Education Fair und einen Parlamentarischen Abend inkl. Podiumsdiskussion zu den Themen Open Education, zeitgemäße Bildung und den Potenzialen der digitalen Transformation der Bildung. Die Aufzeichnung des Abends ist [hier](#) ab Minute 80 zu finden.

Das [Bündnis Freie Bildung](#) launchte seinen eigenen [YouTube-Channel](#). Dort finden sich bereits jetzt einige interessante Stimmen aus der Community im Bereich Freie Bildung. Christian Friedrich, Referent für Bildung bei WMDE, erklärt dort z.B. [warum er für freie Bildung einsteht](#).

Außerdem gibt es eine neue Webpräsenz des Bündnisses: <https://buendnis-freie-bildung.de/>

Des Weiteren nahmen wir an den OERCamps 2018 teil, stellten unsere Arbeit dort vor und veranstalteten Workshops zu den Themen “Teilhabe und Einfluss innerhalb der Bildungspolitik” und “Forderungen an die Politik hinsichtlich OER und Open Education”.

Das Bündnis Freie Bildung hat mit seinen Mitgliedern gemeinsame Kommentare zu dem Draft der UNESCO ausgearbeitet und diese online über [diesen Link bei der UNESCO](#) eingereicht.

Blogbeiträge auf einem Blick

- [Open Education: Zivilgesellschaft und Politik im Dialog](#)
- [Forum Open:Education am 6. Juni in Berlin – Jetzt anmelden!](#)
- [UNESCO ruft zur Beteiligung auf: Empfehlungen für Open Educational Resources](#)
- *Gastbeitrag von Nele Hirsch und Markus Neuschäfer vom [Bündnis Freie Bildung](#).
<https://netzpolitik.org/2018/digitale-muendigkeit-gibt-es-nicht-umsonst-fuenf-forderungen-aus-der-bildungspraxis/>*